

Satzung der Gemeinde Kobrow über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen der Gemeinde Kobrow

Auf der Grundlage des § 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.01.1998 (GVOB1. M-V S.29) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 09.08.2000 (GVOB1. M-V S.360) und des § 8 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung vom 19.04.1994 (BGBl. I, S. 854) in Verbindung mit dem § 24 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (StrWG M-V) vom 13.01.1993 (GVOBl. M-V vom 29.01.1993 S.42) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung am 16.10.2001 folgende Satzung erlassen:

§1

Geltungsbereich

(1) Diese Satzung gilt für Sondernutzungen und Nutzungen nach bürgerlichem Recht an folgenden, dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen der Gemeinde Kobrow und seinen Ortsteilen:

1. Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen,
2. Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen,
3. Ortsdurchfahrten im Zuge von Kreisstraßen,
4. Gemeindestraßen,
5. sonstige öffentliche Gehwege, Straßen, Wege, Plätze und Flächen.

(2) Sondernutzungen auf dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wegen und Plätzen, die in anderer verantwortlicher Straßenbaulast liegen als der der Gemeinde Kobrow, werden durch diese Satzung nicht berührt. Hierbei sind die Bestimmungen des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) sowie die Bestimmungen des Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg -Vorpommern zu beachten.

§2

Begriffsbestimmung

(1) Sondernutzung ist jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung der in § 1 genannten öffentlichen Bereiche.

(2) Gemeingebrauch ist die jedermann im Rahmen der Widmung und der Straßenverkehrsvorschriften offenstehende Benutzung der öffentlichen Straßen zum Verkehr. Kein Gemeingebrauch liegt vor, wenn die Straße nicht vorwiegend zum Verkehr, sondern zu anderen Zwecken benutzt wird.

(3) Soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, bedarf die Sondernutzung an den in § 1 dieser Satzung genannten öffentlichen Bereichen einer Erlaubnis des verantwortlichen Straßenbaulastträgers (Sondernutzungserlaubnis).

§3

Erteilung der Sonderputzungserlaubnis

(1) Die Sondernutzungserlaubnis ist schriftlich beim der Amt Sternberger Seenlandschaft zu beantragen. Es können folgende Unterlagen und Nachweise verlangt werden:

1. maßstabgerechte Zeichnung,
2. textliche Beschreibung,
3. Angaben darüber, in welcher Weise den Erfordernissen der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie dem Schutze der Straße und Einrichtungen Rechnung getragen wird,
4. Angaben darüber, in welcher Weise mögliche Beeinträchtigungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vermieden werden,

(2) Die Sondernutzungserlaubnis wird auf jederzeitigen Widerruf erteilt. Ferner wird diese für einen bestimmten Zeitraum oder zeitlich unbegrenzt erteilt. Es können für diese Erlaubnis Auflagen und Bedingungen festgesetzt werden. .

(3) Die Sondernutzung erlischt durch:

1. Zeitablauf,
2. Widerruf der erlassenden Behörde,
3. Nichtinanspruchnahme der Erlaubnis durch den Erlaubnisnehmer über einen Zeitraum von sechs Monaten hinaus,
4. Nichteinhaltung der festgesetzten Bedingungen und Auflagen,
5. zweckentfremdende Nutzung der Erlaubnis,
6. Missbrauch der Erlaubnis.

§4

Sondernutzungsgebühren

Für die Sondernutzung an öffentlichen Flächen entsprechend § 1 dieser Satzung werden Gebühren nach einer gesonderten Gebührensatzung erhoben.

§5

Sondernutzungserlaubnis in besonderen Fällen

(1) Die Erlaubnis für nachstehende Sondernutzungen gilt als erteilt, wenn die dafür vorgesehenen baulichen Anlagen baurechtlich genehmigt oder –bei nur anzeigepflichtigen Anlagen der Bauaufsichtsbehörde angezeigt sind und die Gemeinde Kobrow zugestimmt hat

1. Vordächer, Sonnendächer, Markisen, Gesimse, Balkone, Fensterbänke, Reklameeinrichtungen, an Fassaden und Auskragungen über öffentlichen Gehwegen -die lichte Höhe von 2,20 m darf jedoch nicht unterschritten werden;
2. Hinweisschilder auf öffentliche Gebäude und Gottesdienste;
3. Stufen und Sockel, Schächte und ähnliches, Erker und ähnliches;
4. Automaten an Hausfassaden.

(2) Das Regellichtprofil der Fahrbahn von mind. 0,70 m darf durch bauliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

(3) Die Sondernutzung des öffentlichen Verkehrsraumes (Gehwege) für gewerbliche Zwecke (z.B. Straßenkaffee, Warenauslagen) kann nur dann erfolgen, wenn ein reibungsloser Fluss des Verkehrs gewährleistet ist und dadurch keine Gefährdungen für den öffentlichen Bereich sowie die Verkehrsteilnehmer gegeben ist.

§6

Nutzung nach bürgerlichem Recht

(1) Die Nutzung der in § 1 dieser Satzung genannten öffentlichen Bereiche über den Gemeingebrauch hinaus kann in Form eines bürgerlich-rechtlichen Vertrages durch den jeweiligen Träger der Straßenbaulast gewährt werden, sofern

1. durch die Nutzung der Gemeingebrauch nicht beeinträchtigt wird oder
2. die Nutzung der öffentlichen Versorgung dient.

Ein Anspruch auf Abschluss eines solchen Vertrages besteht nicht.

(2) Der Gestattungsvertrag ist je nach den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles auf Zeit mit bestimmten Kündigungsfristen oder jederzeit kündbar abzuschließen. In ihm sind insbesondere festzulegen:

1. das Entgelt für die Gestattung der Nutzung
2. die Ersatzpflicht für sämtliche Aufwendungen und sonstige Nachteile, die die Gemeinde Kobrow aus Anlass der Nutzung treffen.

§7

Erstattung von Mehrkosten

(1) Wenn eine öffentliche Fläche im Sinne des § 1 dieser Satzung wegen der Art des Gebrauches durch einen anderen verändert oder aufwendiger hergestellt werden muss (z.B.

besondere Befestigung von Fahrbahnen, Rad-und Gehwegen, Absenkung von Hochborden, Verrohrung von Gräben u.a.), so wird die Herstellung durch den Straßenbaulastträger ausgeführt oder veranlasst. Der Andere (Verursacher bzw. Erlaubnisnehmer) hat dem Straßenbaulastträger die Mehrkosten für die Herstellung, Änderung und Unterhaltung zu erstatten. Die Straßenbaulastträger kann diesbezüglich Vorschüsse und Sicherheiten verlangen.

§8 Haftung

Für die Erfüllung von Ansprüchen, die der Gemeinde Kobrow oder Dritten aus einer Sondernutzung entstehen, haften die Erlaubnisnehmer, sein Rechtsnachfolger und der Antragsteller als Gesamtschuldner.

§9 Sonstige Bestimmungen

Die Sondernutzungsgenehmigung ersetzt nicht andere nach besonderen Rechtsvorschriften erforderliche Genehmigungen. Dies trifft insbesondere zu auf verkehrsrechtliche Anordnungen entsprechend den §§ 45/46 StVO.

§ 10 Inkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig treten alle anderen Bestimmungen über Sondernutzungen, die die Gemeinde Kobrow erlassen hat, außer Kraft.

Kobrow, den 12.12.2001

gez. Rethmann
Bürgermeister

Verfahrensvermerk

Die vorliegende Satzung wurde durch die Rechtsaufsichtsbehörde genehmigt.

Hiermit wird die Satzung der Gemeinde Kobrow öffentlich bekannt gemacht.

Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese Verstöße entsprechend § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur innerhalb eines Jahres geltend gemacht werden.

Die Frist gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.

Veröffentlichung im Stirnbarger Verklicker Nr. 01/02 vom 25.01.2002